

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel
Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/9676 –**

Brennstofflieferungen für belgische Atomkraftwerke stoppen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. einen sofortigen Exportstopp für die Brennelementelieferungen mit aktuellen Ausfuhrgenehmigungen der ANF Lingen zu den belgischen Atomkraftwerken Doel und Tihange anzuordnen;
2. grundlegend keine Ausfuhrgenehmigungen in die deutsche Sicherheit gefährdende Risiko-AKW wie Doel und Tihange in Belgien, Fessenheim und Cattenom in Frankreich oder Beznau und Leibstadt in der Schweiz zu erteilen;
3. im Sinne der Vollendung eines konsequenten und glaubwürdigen Ausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie, die gesetzlichen Voraussetzungen zur Stilllegung aller Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/9676 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Steffen Kanitz
Berichtersteller

Marco Bülow
Berichtersteller

Hubertus Zdebel
Berichtersteller

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Steffen Kanitz, Marco Bülow, Hubertus Zdebel und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/9676** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. einen sofortigen Exportstopp für die Brennelementelieferungen mit aktuellen Ausfuhrgenehmigungen der ANF Lingen zu den belgischen Atomkraftwerken Doel und Tihange anzuordnen, da Ausfuhrgenehmigungen für Brennelemente in diese AKW gemäß § 3 Absatz 3 Nummer 2 des Atomgesetzes nicht mehr erteilt werden dürfen;
2. grundlegend keine Ausfuhrgenehmigungen in die deutsche Sicherheit gefährdende Risiko-AKW wie Doel und Tihange in Belgien, Fessenheim und Cattenom in Frankreich oder Beznau und Leibstadt in der Schweiz zu erteilen;
3. im Sinne der Vollendung eines konsequenten und glaubwürdigen Ausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie, die gesetzlichen Voraussetzungen zur Stilllegung aller Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs (außer den für die inländische Entsorgung erforderlichen) zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Urananreicherungsanlage Urenco in Gronau und die Brennelementefabrik ANF in Lingen (vgl. auch Bundesratsdrucksachen 147/12 und 390/15).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 96. Sitzung am 30. November 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/9676 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 77. Sitzung am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/9676 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/9676 in seiner 100. Sitzung am 18. Januar 2017 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, der Antrag beziehe sich auf die in der Brennelementefabrik Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) in Lingen produzierten Brennelemente, die unter anderem in die belgischen Atomkraftwerke (AKW) Doel und Tihange, in die französischen Atomkraftwerke Fessenheim und Cattenom sowie die Schweizer Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt geliefert worden seien. Sie seien die wichtigste Zutat für den Betrieb dieser Anlagen. Aktuell lägen Ausfuhrgenehmigungen für die Atomkraftwerke Doel und Tihange in Belgien vor. Der Antrag stütze sich auf ein Gutachten, das für die Ärzteorganisation IPPNW erstellt worden sei und das zu dem Schluss komme, dass die Ausfuhrgenehmigungen für die Brennelementelieferungen in bestimmte, risikobehaftete AKW rechtswidrig seien. Dabei werde argumentiert, dass der Bund bzw. die

Bundesländer selbst die entsprechenden AKW als sicherheitsgefährdend einstufen und bereits deren Abschaltung gefordert hätten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert einen sofortigen Exportstopp für die Brennelementelieferungen mit aktuellen Ausfuhrgenehmigungen der ANF Lingen zu den belgischen Atomkraftwerken. Darüber hinaus sollen keine Ausfuhrgenehmigungen in die deutsche Sicherheit gefährdende AKW erteilt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN argumentierte, es sei eine verkürzte Interpretation, dass die Sicherheit Deutschlands nur durch eine missbräuchliche Nutzung von hier gefertigten Brennelementen bedroht werden könne. Vielmehr sei dies auch durch die übliche Nutzung, wenn der Reaktor an der Grenze zu Deutschland stehe und besonders unsicher sei, gegeben.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, es sei ein erheblicher Vorwurf, dass Ausfuhrgenehmigungen für Brennelemente – insbesondere nach Belgien – rechtswidrig seien. Die Fraktion schloss sich der Position an, dass Ausfuhrgenehmigungen nicht nur dann zu untersagen seien, wenn von einer missbräuchlichen Verwendung oder militärischen Nutzung auszugehen sei, sondern eine Ausfuhr aus europarechtlichen Gründen auch dann zu untersagen sei, wenn von der Brennstofflieferung eine besonders qualifizierte Gefahr von Störfällen ausgehe. Die Fraktion der CDU/CSU gehe davon aus, dass von der Brennstofflieferung von Lingen nach Belgien keine solche Gefahr zu befürchten sei, weil die Ausfuhrgenehmigung sonst hätte untersagt werden müssen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei nachvollziehbar, weil die genannten Atomkraftwerke an der Grenze zu Deutschland Gefahrenquellen darstellten, was die Bundesregierung ebenfalls konstatiere. Diese komme zu dem Schluss, dass es nur in der Verantwortung der nationalen atomrechtlichen Aufsichtsbehörden liege, festzustellen, ob eine Gefährdung von diesen Atomkraftwerken ausgehe. Bundesministerin Dr. Hendricks habe mit ihren belgischen Kollegen eine grenzübergreifende Arbeitsgruppe zur nuklearen Sicherheit vereinbart. Es stelle sich die Frage, ob die Einschätzung zum Eintritt einer besonders qualifizierten Gefahr von Störfällen durch deutsche Behörden ausreiche und ab welcher Stufe diese Gefahr ein-trete, was einer grundsätzlichen Klärung bedürfe.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte dar, dass aus ihrer Sicht deutsche Kernelementefabriken nicht dafür sorgen dürften, dass störungsanfällige Atomkraftwerke im Grenzgebiet betrieben werden könnten. Ein solcher Atomausstieg sei nicht glaubhaft und es müsse nun gehandelt werden. Als eine erste Maßnahme sei es wichtig, zumindest die Exporte von Brennelementen zu unterbinden, die offenkundig besonders risikoreich seien. Deutschland brauche endlich eine Politik, die den Anspruch erhebe, den Atomausstieg auch in Europa voranzubringen. Atomkraftwerke in Deutschland für gefährlich zu erklären und abzuschalten, aber gleichzeitig den Betrieb in den Anrainerstaaten hilflos hinzunehmen oder teilweise indirekt über EURATOM zu fördern, sei ein gefährliches Spiel mit dem atomaren Super-GAU. Den Bürgerinnen und Bürgern in den Grenzregionen sei sehr bewusst, dass radioaktive Wolken nicht an den Grenzen Halt machten. Insbesondere in der Region rund um Aachen nähmen die Sorgen stetig zu.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9676 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2017

Steffen Kanitz
Berichterstatter

Marco Bülow
Berichterstatter

Hubertus Zdebil
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin